

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 4952 und 8849

Nummer 7

Berlin, den 12. Februar 1927

2. Jahrgang

Her mit einem gesunden Wohnungsbauprogramm!

Seit Jahren experimentieren die Reichs- sowie Landesbehörden herum, wie man der Wirtschaftskrise durch verstärkte Bautätigkeit beikommen kann. Der Streit über die Durchführung der dabei entwickelten Probleme läuft nun in jedem Jahre vom Frühjahr bis zum Winter, und wenn Frost und Kälte eintreten, dann hat man sich herumgekitzt, dabei aber vergessen, das Wohnungsbauproblem energisch in die Tat umzusetzen. In jedem Winter sieht man sich stets fleißig bemüht, gegenüber der Öffentlichkeit festzustellen, wie groß der Wohnungsbedarf geworden ist, und wieviel Not und Elend durch Inanspruchnahme eines großzügigen Bauprogramms hätte beseitigt werden können. Bei der Programmentwicklung der jeweiligen neuen Regierungen wurde das Wohnungsbauprogramm als sozialpolitischer Glorienschein in den Vordergrund gerückt. Die Diskussionsredner der Arbeiterparteien, vor allen Dingen die der Gewerkschaften, konnten bislang immer feststellen, daß man viele Worte wohl gebraucht hat, aber keine Taten folgen ließ. Es darf uns nicht wundernehmen, wenn auch die neugewählte Bürgerblockregierung aus sozialpolitischen Gründen die Walze des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufdreht, nur in der sicheren Annahme, damit Wirkung nach außen hin zu erzeugen. Im stillen denkt man aber, wenn wir erst in der Regierung sitzen, dann werden wir schon Mittel und Wege finden, die bisherige Verschleppungspolitik in der Arbeitsbeschaffungsfrage weiter fortzuführen. Die Wirtschaft könnte nach Ansicht dieser Politiker zu schnell angekurbt und die arbeitenden Schichten zum Übermut erregt werden.

Nun ist es aber ernstlich an der Zeit, an ein Wohnungsbauprogramm heranzutreten, welches Erfolg verspricht, denn die steigenden Erwerbslosenzahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß ein Stillstand der Wirtschaftskrise noch nicht zu denken ist. Im Gegenteil: durch weitere Mechanisierung und Nationalisierung droht die Krise eine dauernde zu werden.

Die durch die Presse laufenden Mitteilungen von dem Reichswohnungsbauprogramm bringen absolut nichts Neues, die amtlichen Berichte halten sich streng an die jeweils abgegebenen Erklärungen des Herrn Reichsarbeitsministers vor dem Reichstag. Diese Erklärungen sind in dem letzten Jahre in etwas abgeänderter Form vorgetragen worden, im wesentlichen ist der Inhalt aber derselbe geblieben. Das Reichswohnungsbauprogramm enthält inhaltlich schwere Fehler. Der Wohnungsbedarf wird viel zu niedrig eingeschätzt; ferner ist er aufgebaut auf höchst bedenklicher Finanzgrundlage. Das Reichswohnungsbauprogramm stellt einen fehlenden Wohnungsbedarf von 600.000 fest, währenddem nach ziemlich genauen Feststellungen des VDWB und aller Baukapazitäten eine Million Wohnungen fehlen. Nach diesen katastrophalen Feststellungen wäre es doch nun bald ein Gebot der Stunde, ein Reichswohnungsbauprogramm ernstlich in die Tat umzusetzen, welches dem fürchtbaren Wohnungsseind sowie der großen Erwerbslosigkeit Einhalt setzt.

Ueber die Wege der Finanzierung ist selbst eine Einheitlichkeit zwischen dem Reichsarbeitsminister sowie zwischen dem Preussischen Wohlfahrtsministerium bisher nicht zu erzielen gewesen. Nur eins ist festzustellen: beide Behörden versuchen, die Lasten wieder auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung zu legen. Die Wohnungsmieten sollen wesentlich gesteigert werden. Dabei wird aber vergessen, daß von den Mietpreissteigerungen des Jahres 1924 und 1925 nicht allzuviel verwandt wurde zur Behebung des Baumarktes. Wären die Gelber der sozial wirkenden Mietzinssteuer und Gelber aus öffentlichen Mitteln in den letzten Jahren nicht zur Verfügung gestellt worden, dann wären auch die wenigen Bauvorhaben noch unterblieben. Auch bei der diesmal geplanten Mietsteigerung wird der Betrag für die höheren Mieten wieder in die Taschen der durch die Inflation von Hypotheken entlasteten Hausbesitzer fließen und sehr wenig wird für Wohnungsbau und Eindämmung der Wirtschaftskrise Verwendung finden. Die arbeitende Bevölkerung bricht jetzt schon bald unter der hohen Last der Mieten zusammen, und sollten nach den entwickelten Vorschlägen des VDWB sowie des Preussischen Wohlfahrtsministeriums die Mieten eingetrieben werden, dann muß unter dieser neuerlichen ungeheuren Belastung der Zusammenbruch erfolgen. Was nützen die Ankündigungen, daß die erhöhten Mietzuschläge durch Lohnaufbesserungen ausgeglichen werden sollen? In der Praxis folgen Schwerindustrie und andere interessierte Kreise dieser Mahnung doch nicht. So man kann sogar feststellen, daß die von den Behörden eingeleiteten Schlichtungsstellen in den wenigsten Fällen der Anweisung ihrer vorgelegten Behörde Folge leisten. Es wird nach den bisherigen Vorschlägen und Finanzproblemen der Behörden eine unbedingte Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten, weil ja das Reallohneinkommen der arbeitenden Bevölkerung weiterhin durch erhöhte Ausgaben gefährdet ist.

Auch wir vom Keramischen Bund, als Vertreter von Arbeiterschichten, die an ein gesundes Bauprogramm das größte Interesse haben, müssen eindringlich fordern, daß das Bauprogramm des VDWB in die Tat umgesetzt wird. Das Finanzproblem kann dahingehend gelöst werden, daß vom Reich mehr öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die leicht aus den Steuerbeiträgen herbeigeschafft werden können, die man der Schwerindustrie nach der Idee des Finanzministers Dr. Reinhold in Dresden erlassen will. Wenn fernerhin die volle Steuer der jetzt abzuführenden Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwandt und aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge noch Mittel freigemacht werden, dann können die geforderten 250.000 Wohnungen im Jahr gebaut werden und Hunderttausende von Menschen Brot und Lohn finden, und damit wird endlich nur eine der lakonischsten und wichtigsten Forderungen des deutschen Volkes erfüllt werden.

Die geänderte Besitzblockregierung.

Die neue Regierung, zustande gekommen unter der aktiven Mithilfe des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit dem Hinweis: Gegen die Arbeitnehmererschaft, wurde nach dem Druck unserer letzten Nummer wieder umgeändert, weil selbst Bürgerlichen der deutschnational-völkische Graef's Thüringen eine etwas zu schwere Belastung war.

Aber nun ist sie endgültig fertig, die Regierung der politischen Geschäftsmacher. Sie hat nun folgendes Aussehen:

- Reichszentraler: Dr. Marx (Zentrum).
- Arbeitsministerium: Dr. Brauns (Zentrum).
- Finanzministerium: Dr. Köhler (Zentrum).
- Innenministerium: v. Reubell (Deutschnational).
- Justizministerium: Hergt (Deutschnational).
- Ernährungsministerium: Schiele (Deutschnational).
- Verkehrsministerium: Dr. Koch (Deutschnational).
- Luftministerium: Dr. Stresemann (Dtsch. Volkspartei).
- Wirtschaftsministerium: Dr. Curtius (Dtsch. Volkspartei).
- Postministerium: Dr. Schaefer (Bayern. Volkspartei).
- Wehrministerium: Dr. Gehler (Parteilos).

Dem Reichstag hat sich diese Regierung bereits vorgestellt. Die politischen Zeitungen schreiben ja viel von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien, aber große Bedeutung kann man den Schreibereien nicht beimessen; denn bei der Regierung, die eigens zum Zweck gegen die Bestrebungen der Arbeitnehmererschaft gegründet wurde, kommt es darauf an, was sie für Regierungsmassnahmen für die politische wirtschaftliche und kulturelle Machterweiterung ihrer Untertanen und gegen die Arbeiter ergreift.

Die Gewerkschafter werden auf die sozialpolitischen Taten der Regierung in bezug auf Arbeitszeit, Lohngestaltung, Arbeitslosenversicherung, Mietpreisregelung, Lebensmittelteuerung, Getreideschutzoll ihr hauptsächlichstes Augenmerk zu richten haben. Die Arbeitererschaft mußte unter der Präsidentschaft v. Hindenburg stets Verschlechterungen hinnehmen, und unter dem Besitzblockregime wird sie erst recht zu leiden haben. Darum achtet auf das Tun der Besitzblockregierung.

In ihren Taten muß sie das arbeitende Volk erkennen, und bei den nächsten politischen Wahlen den Bürgerblock so schwächen, daß ihm keine Parlamentsmacht mehr bleibt.

Das arbeitende Volk hat ein Mittel gegen seine Widersacher zur Verfügung; es braucht es nur anzuwenden, dann sind derartige Regierungsbildungen unmöglich.

Die

Brotgetreidepreise steigen sprunghaft!

Arbeiter und Arbeiterinnen, hört! Die Roggenpreise erhöhen sich von Woche zu Woche. Das schließt in sich, daß das Brot für euch und eure Kinder teurer und euer Leben immer unerträglicher wird.

Wie die Roggenpreise in die Höhe gingen, zeigen einige Zahlen. In der Vorkriegszeit kostete ein Zentner Roggen 8,40 Mk., einschließlich 2,50 Mk. Zoll. Im Jahre 1926 mußte er mit 9,88 Mk., einschließlich des gleichen Zollsatzes, bezahlt werden. Ende Januar 1927 war der Zentner Roggen schon auf 12,30 Mk. gestiegen, und noch gehen die Roggenpreise weiter in die Höhe und ziehen sogar schon die anderen Getreidepreise, sowie die für Kartoffeln und andere Lebensmittel mit aufwärts. Eine allgemeine Teuerung droht!

Die Glasindustrie ist mit allen Produktionszweigen, vor allem mit der Flachglasindustrie, stark an einer regen Bautätigkeit interessiert. Wurden vor dem Kriege rund 22 Millionen Quadratmeter Flachglas in Deutschland verbraucht, so kann heute knapp 10 Millionen Quadratmeter Flachglas abgesetzt werden. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie weit man heute trotz der ungeheuren Wohnungsnot von der Bautätigkeit der Vorkriegszeit entfernt ist. Im selben Maße, wie die Glasindustrie an ein gesundes Bauprogramm interessiert ist, sind es auch die Gruppen Grobkeramik und Ziegel. Gerade die Ziegelindustrie steht und fällt mit dem Bauwesen. Die Arbeitslosenzahlen dieser Gruppen zeigen genau den Stand des bisherigen rückständigen Bauprogramms. Deshalb der erneute dringende Mahnruf des Keramischen Bundes und aller Gewerkschaften, endlich dem Uebel der Wirtschaftskrise und dem Arbeitslosenstand an der Wurzel beizukommen durch Verwirklichung des Bauprogramms des VDWB. Worte und Versprechungen können nicht mehr helfen. Taten müssen folgen, um die arbeitende Bevölkerung vor dem Zusammenbruch zu retten.

Auch unsere Kollegen haben dranhin im Lande, in Gemeindevorständen und Bezirksversammlungen darauf zu achten, daß in diesem Baujahr nicht nur gestritten, sondern gebaut wird. Krebs.

Paragraph 7 der Arbeitszeitverordnung und Industrie der Steine und Erden.

Der § 7 lautet:

Eine Ueberschreitung der im § 1, Satz 2 und 3 festgelegten Grenzen auf Grund tariflicher Vereinbarungen (§ 5) oder behördlicher Zulassung (§ 6) ist für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tage, sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen

Nach den Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrates fehlt in Deutschland am Jahresverbrauch 1926/27 für vier Monate das Brotgetreide, insgesamt eineinhalb Millionen Tonnen, die vom Auslande eingeführt werden müssen, wenn das deutsche Volk nicht teilweise hungern soll.

Wenn sie eingeführt werden, lasten aber auf den eineinhalb Millionen Tonnen Roggen 75 Millionen Mark Zoll, die von den deutschen Verbrauchern mit aufgebracht werden müssen.

Da ohnehin die Brotteuerung und die allgemein damit verbundene Lebensmittelteuerung die Preise der Minderbemittelten stark belasten, brachten die Arbeiterparteien im Reichstage Vorschläge auf Aufhebung des Getreideschutzolles ein. Es wäre doch eine hinüberbrannte Idee, die deutschen Landwirte durch den Zoll schützen zu wollen, wenn sie, wie ja festgestellt wurde, gar kein Getreide mehr haben. Wenn also die 75 Millionen Mark noch bei der allgemeinen Teuerung mit getragen werden müßten.

Die Entscheidung über den Antrag auf Aufhebung des Schutzolles wird erkennen lassen, ob die Besitzblockregierung etwas für die arbeitenden Massen oder nur für die Besitzenden übrig haben wird.

Also, darauf achten, was unter dem Regime Hindenburg und Bürgerblock alles geschieht, und danach seine politischen Entscheidungen treffen. Erst Mietpreiserhöhung, und nun Brotteuerung.

Erhebt allorts schärfsten Protest gegen die Brotteuerung. Verlangt Aufhebung des Schutzolles für Brotgetreide. Erfämpft den Lohnausgleich für die Vertenerung der Lebenshaltung.

Die Ueberstunden-Plage.

In Nummer 5 „Der Textil-Arbeiter“ nimmt der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Genosse Hermann Jädel, Stellung zur Arbeitszeit und zum Ueberstundenunwesen in der Textilindustrie. Nach seinen Feststellungen wurde in der Woche vom 12. bis 18. Dezember 1926 für 413.378 Textilarbeiter die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit ermittelt. Davon waren 243.304 oder 58,9 Proz. weiblichen Geschlechts. Es arbeiteten von den ermittelten Personen 211.544, gleich 86,5 Proz. weibliche, über 48 bis 54 Stunden. 49.568 Beschäftigte, davon 30.646, gleich 61,8 Proz. weibliche, 54 bis 60 Stunden; 1648 Personen, davon 982, gleich 59,6 Proz. weibliche arbeiteten 61 bis 70 Stunden und 335 Personen, davon 132 weibliche, gleich 39,4 Proz., arbeiteten über 70 bis 80 Stunden in der Woche. Insgesamt wurden von 413.378 Textilarbeitern 2.166.409 Ueberstunden in der bezeichneten Woche geleistet, davon 1.243.007, gleich 57,4 Proz. von Personen weiblichen Geschlechts.

Welche Summen von Schmerz und Herzeleid verkünden diese Zahlen! Wer zählt die Seufzer der ihren Kindern, ihren Familien entzogenen Mütter und schwangeren Frauen? 44.090 arbeitslose Personen könnten bei achtstündiger Arbeitszeit in den erfassten Betrieben mehr beschäftigt werden, schreibt Jädel.

Mit Recht stellt er dann fest, daß dem entscheidenden Kampf um den Bestuhndentag im Jahre 1908 der Entscheidungskampf um den Ahtstundentag früher oder später folgen mußte. Es gelte, die Reife der Textilarbeitererschaft für diesen Kampf herbeizuführen.

Den Mahnruf Jädels mag auch die Arbeitererschaft anderer Industrien beachten.

des Gemeinwohls dringend erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt.

Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern die Beschränkung Platz greift.

Die im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, vereinigten Industrieverbände der fein- und grobkeramischen Industrie stellten seinerzeit an den Reichsarbeitsminister und den Reichswirtschaftsrat den Antrag, die Betriebe der fein- und grobkeramischen Industrie, sowie der Kalk- und Zementindustrie dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen, soweit die in dieser Industrie beschäftigten Arbeitnehmer der Hitze oder dem Staub ausgesetzt sind oder aber mit giftigen Stoffen, z. B. Bleiglasuren usw., in Berührung kommen.

Der vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eingeleitete Arbeitsauschuss nahm auf Grund dieser Anträge eine Anzahl Betriebsbefragungen vor, um die Arbeitsverhältnisse der keramischen Arbeitererschaft an Ort und Stelle zu studieren und die Gesundheitsbeschädigung der einzelnen Arbeiterkategorien feststellen zu können. In diesen Betriebsbefragungen wurden Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie die Vertreter der Gewerbeinspektionen, der Reichs- und Landesregierungen hinzugezogen.

Nach langwierigen Verhandlungen unterbreitete der Arbeitsauschuss dem Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats folgenden Vorschlag:

Der Arbeitsauschuss zur Beratung des Entwurfs eines Verzeichnisses zum § 7 der Arbeitszeitverordnung schlägt vor, in das Verzeichnis die nachstehend angeführten Arbeitergruppen der fein- und grobkeramischen sowie der Kalk- und Zementindustrie aufzunehmen:

1. Arbeiter, die an den Maschinen zur Trockenaufbereitung der Rohstoffe (wie Kollergänge, Rührerisiermaschinen, Trockenmühlen) sowie auf dem Schüttboden bei Verarbeituna trockener Rohstoffe beschäftigt sind, soweit diese Beschäftigung den überwiegenden Teil der Arbeits-

Bereitet die Betriebsräte wahlen vor!

1. dauer beansprucht und ausreichende Schutzanlagen dabei nicht im Gebrauch sind.
2. Beschäftigte in der Dreherei, Glasherei, Formerei, Stanzerei, Verputzerei, sofern die Arbeiten in Räumen stattfinden, die zugleich zum Trocknen der Erzeugnisse dienen. Ferner Beschäftigte an den Zentrifugen, der Wassermühle und im Muffelwerk, in den Glaszubereitungs- und in den Mischräumen, sowie Bäder in den Kalt- und Bementwerken. All diese jedoch nur, wenn nicht regelmäßig planmäßige und ausreichende Staubabfuhrung oder Reinigung, nützlichfalls beides, gewährleistet wird. Glasereien überdies unter der Voraussetzung, daß zur Glasur geeignete Stoffe verwendet werden.
3. Mit Ausnahme an dem Ofen Beschäftigte für jene Tage, an denen diese Tätigkeit den überwiegenden Teil ihrer Arbeitsdauer beansprucht und nach besonderer Vorschrift vorzunehmende Messung eine Temperatur im Ofen von 38 Grad Celsius oder mehr ergibt. Das gleiche gilt für regelmäßig mit Einlepen Beschäftigte in Ofenräumen, aus denen gleichzeitig ausgetragen wird.
4. Beschäftigte in der Trodenschleiferei.
5. Beschäftigte beim Verarbeiten, Beschäftigte in der Glasherei.
6. Mit Maschinen beschäftigte Personen, soweit die Beschäftigung hiermit den überwiegenden Teil der Arbeitsdauer beansprucht und nicht wirksame Abgabevorrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
7. Brenner an kontinuierlich betriebenen Ofen, mit Ausnahme der an automatisch betriebenen Ofen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des RMK nahm in seiner Sitzung am 25. Januar 1927 den Vorschlag seines Arbeitsausschusses einstimmig an und beschloß weiterhin, denselben als Gutachten des RMK über den Vorstand desselben der Reichsregierung anzulegen.

Obwohl dieser Beschluß des RMK den Wünschen und Forderungen der keramischen Arbeiterschaft noch lange nicht voll entspricht, bedeutet er doch einen Anfang auf dem Gebiete der Arbeitszeitregelung in gesundheitsgefährlichen Betrieben und Abteilungen.

Dieser Beschluß des RMK baldmöglichst zu verwirklichen, ist Aufgabe des Reichsarbeitsministers, der dieses Gutachten vom RMK verlangt hat. Die für die keramische Industrie anfängliche Organisation, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, erwartet deshalb, daß der Reichsarbeitsminister von seinen Machtbefugnissen Gebrauch macht und sobald wie möglich entsprechend den Vorschlägen des RMK den § 7 der Arbeitszeitverordnung auf die Industrie der Steine und Erden ausdehnt. Die Arbeiter der keramischen Industrie erwarten, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Bruns, der ja auch in der neuen Reichsregierung das Reichsarbeitsministerium wieder befehligt hat, entsprechend den bekannten Richtlinien der Zentrumspartei, der er angehört, die sozialen Belange der Arbeiterschaft nicht nur immer wieder aufnimmt, sondern auch durch seine Amtstätigkeit fördert. Dazu bietet neben den verschiedenen anderen Maßnahmen ihm auch die Unterstellung der Arbeiterschaft der Industrie der Steine und Erden unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung die beste Gelegenheit.

Die Beschlüsse des RMK bilden das Mindestmaß von Arbeiterschutz, das die Arbeiter der keramischen Industrie zunächst verlangen können. Sie verzichten damit nicht auf die Wieder Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in sämtlichen Industrien der Steine und Erden, sondern betrachten die Unterstellung unter eine Art Vorbehalt für die Abteilungen der keramischen Industrie, in denen die Tätigkeit der Arbeiterschaft eine besonders gesundheitsgefährliche ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es wünschenswert, daß der Reichsarbeitsminister die Beschlüsse des RMK recht bald zur wirklichen Tat werden läßt.

„Wahrheitsgemäße“ Berichterstattung Glasindustrieller.

In fast allen bürgerlichen Zeitungen Niederschlesiens ist in den letzten Tagen aus der Feder eines Industriellen ein Artikel erschienen, in dem die tatsächlichen Verhältnisse in der Glasindustrie wahrheitsgemäß niedergeschrieben wurden. In dem Artikel ist der fortgesetzte Kampf, den die deutsche Glasindustrie ausbleibt mit der Industrie des Auslandes zu führen hat, wiedergegeben. Wir wollen die Feststellungen dieses Industriellen prüfen und kommen damit zu einem ganz anderen Bild. Der Artikelschreiber berichtet, daß der Niedergang der Fabrik- und Glashandelsindustrie, sowie der Kristallglasindustrie zu erwarten sei, und daß besonders die Zukunft dieser Industrie recht trüb bestellt ist. Es heißt dann, daß im Jahre 1924 und 1925 in der Tafelglasindustrie ein gewaltiger Konkurrenzkampf einsetzte, weil andere Betriebe zu mechanischer Fabrikation übergegangen sind. Wir müssen nun den Herrn darauf aufmerksam machen, daß im Jahre 1924 und auch 1925 in Deutschland noch nicht ein Betrieb vorhanden war, der Fensterglas auf mechanische Weise herstellte, aber selbst wenn es der Fall gewesen wäre, so würde das dem nichts in der Weise, daß auch in solchen Fällen diese Fabrikationsmethode zur Einführung hätte kommen können. Der Artikelschreiber wird uns aber gleich beruhigen, daß es der schlesische Glasindustrie an Mitteln fehle. Wir fragen: Wozu der Bericht über die schlesische Glasindustrie der Wahrheit entsprechen würde und in anderen Teilen Deutschlands die Glasindustrie zur mechanischen Herstellung von Fensterglas übergegangen ist, warum denn dies nicht in Schlesien geschah; bzw. wenn die Mittel in anderen Teilen vorhanden sind, wozu sie auch in Schlesien vorhanden sind. Dabei ist kein Artikelverfasser überhaupt bekannt, und er schreibt es auch selbst nicht, daß erst im Jahre 1926 und zwar erst aus Schlesien zwei neue mechanische Fabriken fertiggestellt wurden, in denen Fensterglas hergestellt werden soll. Die Bergwerksverwaltung hat nicht bedacht, daß die Fabrikation für die Tafelglasindustrie durch die mechanische Herstellung von Fensterglas bedroht werden; und damit haben Industrieller, die Arbeiter zu retten. Der Artikelschreiber kommt, mit einem Abweichen aller handelsüblichen Glasfabriken, zu dem Schluß, eine solche Uebertragung ist und auch nicht notwendig, und deshalb werden die bürgerlichen Richter eine solche Darstellung auf. Obwohl die Darstellung ist bedacht, aber in der Wirklichkeit, und vor allen Dingen für die Glasindustrie ist die Gefahr der mechanischen Fabrikation nicht in dem Maße vorhanden.

Das Jenseit der Artikelschreiber über die bösen Tage, die die Glasindustrie Schlesiens gegenüber der Arbeiterschaft hat, und was daraus zu erwarten ist, ist der Artikelschreiber mit der Wahrheit nicht ungenau. Die Gefahr, die in der Glasindustrie anderer Länder besteht, wird nicht aus einem Wort niedriger als in Deutschland. Dabei greifen die Arbeiter des Auslandes in einem überaus großen Teil der achtstündigen Arbeitszeit und haben in weit ausgedehnter Weise ihre Ferien im Sommer. Es ist zu erwarten, daß die Glasindustrie in Schlesien...

Ein Mitglied landesgleicher Kreise die Herren darüber an, daß diese die Abgabeberechtigten geben und für die schlesische Glasindustrie durch den polnischen Zolltarif Polen als Hauptabnehmer sieht. Obgleich haben wir durch den Krieg einen nicht unerheblichen Teil unserer Abgabeberechtigten verloren, aber nicht davon, daß das nationale Verhalten unserer Industriellen den größten Teil der Schuld? Waren sie es nicht, die immer und immerfort hielten, der Krieg muß fortgesetzt werden, und die auch in der Nachkriegszeit die landesgleichen Kreise zur Fortsetzung des Auslandses sind? Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn das Ausland sich selbstständig zu machen versucht und uns dann die Abgabeberechtigten verschlossen werden. Und die Auslandskonkurrenz Amerikas soll bereits in Schlesien zu spüren sein.

Der Artikelschreiber scheint die Bevölkerung Schlesiens sehr niedrig einzuschätzen. Bis zum Kriegsausbruch war die deutsche Glasindustrie die bedeutendste der Welt, und nun mit einem Schlag soll Amerika seine Erzeugnisse bis nach Schlesien werfen können, und soll der deutschen Glasindustrie damit die größten Schwierigkeiten machen, so daß sie zum Erliegen kommen muß. Dann kammer man über die hohen Preise und über die steigenden Fabrikationspreise. Waren es nicht die Industriellen, die noch 1925 mit Sturmgruß nach hohen Schutzhöhen schrien und immer und immer wieder verlangten, daß zum Schutze der deutschen Glasindustrie hohe Einfuhrzölle geschaffen werden müßten? Dürfen sich die Herren heute darüber beschweren, wenn das Ausland mit Repressalien antwortet?

Der Gipfel der Gemeinheit des Artikels brückt sich darin aus, daß es heißt: Es fehlt an wirklichen Qualitätsarbeitern. Unterfragen wir die Dinge! Wir haben schon darauf hingewiesen, daß vor dem Kriege die deutsche Glasindustrie an erster Stelle stand. Immer und immer wieder haben wir verlangt, daß die sozialen Einrichtungen der Fabrikbetriebe verbessert werden müssen, um Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft sicherzustellen. Weiter haben wir verlangt, daß der Achtstundentag für die schwerarbeitenden Glasarbeiter zur Einführung kommen muß. Unser Ruf nach höheren Löhnen ist überhört worden. Die Lebenshaltung der deutschen Glasarbeiter wurde durch den fortgesetzten Kampf der Industriellen gegen die Arbeiter und deren Organisation in der schärfsten Form geführt. Den Industriellen fehlte der Weitblick für die Zukunft der deutschen Glasindustrie. Heute sehen sich die Herren überlagert von der Industrie des Auslands, und nun schimpfen sie, daß ihnen Qualitätsarbeiter fehlen. Die tüchtigsten Arbeitskräfte wurden vor, während und nach der Kriegszeit auf die Straße geworfen, wenn sie es wagten, auf die trüben Verhältnisse in der deutschen Glasindustrie hinzuweisen. So ging es bergab. Die Glasarbeiter haben zu einem großen Teil unterlassen, ihre Söhne der Glasindustrie zuzuführen, und damit fehlt allerdings ein tüchtiger Nachwuchs; aber kann man einem Vater zumuten, seine Söhne einer Industrie zuzuführen, in der er selbst kein ausreichendes Dasein fand?

Wir haben wiederholt verlangt, daß in einem so großen Gebiet, wie die schlesische Glasindustrie, für die jugendlichen Glasarbeiter Fachschulen eingerichtet werden müssen, um die Jugend in der Industrie weiterzubringen. Unser Ruf wurde überhört. Es ist ein Skandal, daß nicht eine einzige Fachschule in ganz Schlesien für die Glasindustrie besteht und jetzt die Industriellen es wagen, darüber zu schimpfen, daß die Arbeiter nicht imstande sind, Qualitätsware zu erzeugen.

In technischer Beziehung ist die schlesische Glasindustrie nur ganz vereinzelt dem Aufstieg gefolgt. Die Mehrzahl der Hütten hat in den letzten 30 Jahren nichts getan und blieb in ihrer Entwicklung rückständig. Es ist das vor allen Dingen der Fall bei dem Schmelzen des Glases. Sehr oft kommen die Glasmacher morgens in den Betrieb und finden dann eine Glasmasse, die vollkommen fehlerhaft und nicht zu verarbeiten ist. Der Glasmacher weiß, daß er von einem solchen Glas, genannt „Riß“, keine Qualitätsware erzeugen kann, aber die Industriellen versuchen aus den billigsten Rohstoffen gutes Glas zu schmelzen; und wenn das nicht gelingt, beschimpft man die Glasarbeiter, daß sie nicht imstande sind, Qualitätsware herzustellen.

Wozu die Reife geben soll, geht aber aus folgendem Satz hervor: Nur die Glaser Industrie erliefte darin noch einige bessere Tage und vermag infolge ganz rücksichtsloser Lohnreduzierung noch mit Tschelien zu konkurrieren. Also das ist des Pudels Kern. Was brüllt, die Glasindustrie geht zugrunde; sie unterliegt der Konkurrenz und der maschinellen Entwicklung, und nun müssen ganz rücksichtslos Lohnreduzierungen vorgenommen werden. Die Herren werden sich an der starken Glasarbeiterorganisation die Zähne zerbeißen, und die rücksichtslose Lohnreduzierung, von der der Artikelschreiber faßelt, wird ein stummer Wunsch bleiben.

In der Gesamtindustrie, vor allen Dingen aber in der Glasindustrie, das bestritten wir nicht, vollzieht sich eine soziale Revolution. Die Handarbeit in der Fensterglasindustrie wird in einigen Jahren durch die Maschine abgelöst sein; mancher Industrielle redet, die Arbeiter zu drangsaliieren versucht, sich gegen jeden technischen Fortschritt aufzubäumen, wird durch die technische Entwicklung aus seinen Bahnen hinausgeworfen werden. Er vertritt ins Proletariat. Daran wird sich nichts ändern lassen, und deshalb das Schimpfen dieser Herren, ohne zu erkennen, wie sich jene gewaltige Umwälzung in unserer Industrie vollzieht. Auch die Hohlglasindustrie steht vor schweren Erdstüttungen. Immer mehr wird die Maschine Eingang finden, und immer größer das Heer der Arbeitslosen dadurch in Erscheinung treten. Der beste Beweis ist aus der Flaschenindustrie zu ersehen. Die Handarbeit ist durch die Owensflaschenmaschine abgelöst, und die Arbeiter in das Heer der ungelerten Arbeiter gestürzt. In der Flachglasindustrie geht die Entwicklung ähnliche Bahn. Auch hier ist in Thüringen bereits die Maschine zur Einführung gekommen und soll ganz ungeheure Leistungen ausweisen. Damit wird ein Teil der Flach- und Medizinflaschen zum Erliegen kommen, wenn sie dieser Entwicklung nicht Rechnung tragen.

So steht die deutsche Glasindustrie allerdings vor schweren Entschädigungen. Sie kann dieser Konkurrenz der Maschine entgegen nur einen Teil, wenn ein weit größerer Wert auf die Erzeugung von Qualitätsware gelegt wird. Um das herbeizuführen, ist in erster Linie notwendig, daß die Industriellen bemüht sind, sich die Qualitätsarbeiter, die heute noch in der Industrie vorhanden sind, zu erhalten. Die Industriellen müssen ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen einstellen; sie müssen der Arbeiterschaft in weit höherem Maße an Lohn- und Arbeitsfragen entgegenkommen; sie müssen aber auch darauf achten, daß die so berechtigten Wünsche der Arbeiter beachtet werden. Vor allen Dingen gilt es aber, eine Jugend zu schaffen, die nicht ausgebildet, sondern ausgebildet wird. Eine in die Lehrjahrefrage in der Glasindustrie ein überaus schwerliches Problem. Wir wollen daran vorbeigehen; es würde zu weit führen, heute auf alle diese Schäden aufmerksam zu machen. Schon der alte Schwindel, daß die Industrie keine Fachschule vorhanden ist, spricht für sich selbst. Wollen also die Industriellen die Glasindustrie erhalten, so werden sie gewissmaßen mit der Arbeiterschaft verfahren müssen, der großen sozialen Umwälzung durch die beste Qualitätsarbeit entgegenzutreten. Durch bloßes Schimpfen auf die Begehrlichkeit der Arbeiter wird gar nichts erreicht. Der alte Schwindel, daß die Arbeiter im Ausland williger und billiger wären, zieht nicht mehr. Mit solchen Phrasen kommt man aber die Wirklichkeit nicht hinweg. Ein altes Sprichwort sagt: Wer schimpft, hat recht; wer aber schimpft mit Mitteln, die man bei einem selbständigen Kampf nicht anwenden soll. Damit haben wir den handbaren Teil etwas jenseit der Dinge gelassen.

Scheiterte Tarifverhandlungen.

Am 3. und 4. Februar fanden in Berlin die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages für die Bergglasindustrie statt. Wie schon aus der Ueberschrift hervorgeht, sind die Verhandlungen gescheitert. Schon die einleitende Debatte über die Art der zu führenden Verhandlungen zeigte, daß die Industriellen mit sehr wenig Sinn für eine geordnete Verhandlung an die Sache herantreten. Wir hatten vorgeschlagen, Punkt für Punkt die beiderseitigen Entwürfe durchzugehen, um festzustellen, in welchen Fragen wir einig gehen. Nur die Restpunkte sollten dann einem Schlichter

zur Entscheidung unterbreitet werden. Die Industriellen verlangten, daß erst über die strittigsten Fragen verhandelt werden sollte, und als einer dieser Punkte wurde die Regelung der Arbeitszeit angegeben. Wir fügten uns letzten Endes dem Wünsche, um nicht durch unnütze Neben lange Zeit zu vertragen. Unser Verlangen ging in dieser Frage dahin, daß höchstens an den Oefen eine Ueberarbeit von 1/2 Stunde stattdessen während in den Hütten, die heute noch länger arbeiten eine Reduzierung eintreten sollte. In Betracht kommen dabei nur ganz wenige Betriebe. Wir hatten ferner verlangt, daß den Schlichtern keine längere Schlicht als die achtstündige Ueberarbeit werden dürfe. Sollte die Verordnung nach § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit herauskommen, dann ist vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung die sprechende Arbeitszeit gelten. Die Unternehmer wollten Gegenüber dazu alles beim alten lassen. Darauf konnten in Anbetracht der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und Anbetracht der von uns geleisteten Arbeit zur Herbeiführung des Achtstundentags nicht eingehen. Wenn wir die vierstündige Längerarbeit mit in unseren Entwürfen hineingeworfen hätten, nur nur deshalb, weil wir leider den für verbindlich erklärten Schiedspruch in der Weichglasindustrie noch hatten. Nach unserer Erklärung zogen die Herren sich zur Sonderrunde zurück, und dann kam, gebracht durch die Syndici, eine Erklärung, nach der die Industriellen ablehnen, weiter zu verhandeln, weil ihnen die Frage der Arbeitszeit zu wichtig wäre. Auf eine Frage erklärte Herr Dr. Schmidt, daß sie den Auftrag haben, sich in weitere Auseinandersetzungen nicht mehr einzulassen. Damit waren die Verhandlungen schon beim ersten Beratungspunkt gescheitert, und die Unternehmer hatten abgelehnt, über die anderen Punkte zu unterhalten.

Wir wollen absehen von der hochmütigen Art, wie Verhandlungen abgebrochen wurden. Achtung vor den Arbeitern in der Industrie muß man im Innern selbst haben, das kann nicht von außen hereingetragen werden. In solchen Fällen zeigt sich eben, daß die Weichglasindustriellen glaubten mit den Vertretern der Arbeiterschaft anders umgehen können, als es allgemein im Leben üblich ist. Wir lächeln nicht über solche kleinliche Ueberhebung. Was uns hierbei interessiert, das ist, daß die Industriellen klar durch ihr Benehmen gezeigt haben, daß ihnen an einer Regelung der Arbeitsbedingungen in der Industrie nichts liegt. Uns macht es nichts aus, ans führt die Unhöflichkeit nicht; die Unhöflichkeit richtet sich gegen den Schlichter, der sich nun mit dem ganz fragentomplex wird beschäftigen müssen. Das wollen wir vermeiden mit unserem Antrage der Durcharbeitung des ganzen Tarifs; wir wollten dem Schlichter die Arbeit erleichtern. Wunderlich ist es uns allerdings nicht, daß man die Unhöflichkeit, die man uns zeigt, auch dem Schlichter gegenüber auf Ausbruch bringt.

Die Unternehmer mögen uns noch so viel Steine in den Weg legen, wir werden trotzdem unseren Weg verfolgen, wir werden schon heute die Verantwortung dafür ab, wenn die Weichglasindustrie durch die Schuld der Unternehmer wieder in schwere Kämpfe verwickelt wird. Die Industriellen haben kläglich versagt, mit uns gemeinsam Ordnung in das bestehende Chaos hineinzubringen; nunmehr werden wir das Reichsarbeitsministerium um Tarifhilfe anfragen. Versagt auch dieser Weg, dann bleibt nur der Kampf übrig. Viel wird bei der ganzen Sachlage davon abhängen, ob der Reichsarbeitsminister nunmehr unerschrocken sein will, und die Verordnung zu § 7 der Arbeitszeitverordnung heranzieht. Der Reichsfinanzminister hat in seiner Programmrede versprochen, daß für die gesundheitsgefährlichen Berufe die Regelung der Arbeitszeit vor der Allgemeinregelung stattfinden soll. In 1926, das Versprechen des Arbeitsministers seit Anfang Dezember 1926; das neue Kabinett ist vorhanden, die Erfüllung des Versprechens kann in wenigen Tagen erfolgt sein. Wenn die Herausgabe der Verordnung unerschrocken, dann kann die Industrie schwerer Kampf erspart bleiben.

Lohnverbesserung in der Stolberger und Herzogenrath Glasindustrie.

In Art. 4 des „Keramischen Bundes“ ist bereits über die Kündigung der Lohnarbeit berichtet worden. Bei den Verhandlungen mit dem am Tarifvertrag beteiligten Organisationskomitee konnte eine Einigung nicht erzielt werden, so daß der Schlichtungsausschuss in Nachen sich am 22. Januar mit dem Vobaltre in der Glasindustrie beschäftigen mußte. Als Ergebnis der dort geführten Verhandlungen, die in einem Schiedspruch niedergelegt sind, ist zu verzeichnen, daß die Löhne der Hützarbeiter über 20 Jahre für den 100 Prozent-Mann um 4 Pf. pro Stunde erhöht worden sind. Für die Stolberger Glashütte wurde folgender Schiedspruch gefällt:

Der Lohn der Hützarbeiter über 20 Jahre — 100 Prozent-Mann — wird auf 57 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die Löhne der übrigen in dem Lohnabkommen vom 15. Oktober 1925 genannten Arbeiter werden entsprechend erhöht. Der Lohn der Handwerker, Gruppe III, wird auf 113 Proz. erhöht. Die soziale Zulage beträgt pro Schicht 10 Pf. für die Frau 10 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren. Dieses Lohnabkommen gilt ab laufender Lohnwoche und kann mit der bisher geltenden Frist erstmalig zum 1. Oktober 1927 gekündigt werden.

Erklärungsfrist für Annahme dieses Schiedspruches mit auf Samstag, den 29. Januar 1927 einschließlich, festgesetzt. In der Lohnstreitfrage der Herzogenrath Glaswerke, Bichrouz & Co., wurde der nachstehende Schiedspruch gefällt:

Der Lohn der Hützarbeiter über 20 Jahre — 100 Prozent — wird um 4 Pf. die Stunde erhöht. Die Löhne der übrigen in dem Lohnabkommen vom 15. Oktober 1925 genannten Arbeiter werden entsprechend erhöht. Dieses Lohnabkommen gilt ab laufender Lohnwoche und kann mit der bisher geltenden Frist erstmalig zum 1. Oktober 1927 gekündigt werden.

Erklärungsfrist für Annahme dieses Schiedspruches mit auf Samstag, den 29. Januar 1927 einschließlich, festgesetzt. Hoffentlich ziehen die Arbeiter daraus die richtige Lehre, sich reflexlos dem Keramischen Bund anzuschließen, damit auch mehrere Forderungen nach selbständigen Tarifen, allein abgeschlossen mit den Glasarbeiterverbänden, endlich erfüllt werden können.

Lohnhöhung in der Rheinischen Glashütte A. G. Ehrenfeld.

Im vorigen Jahr war es der Firma gelungen, durch einen Schiedspruch am Schlichtungsausschuss die demaligen Tariflöhne um 6 Proz. herabzusetzen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in der Hohl- und Pressglasabteilung infolgedessen geändert, so daß die Inbetriebsetzung beider Betriebe beschlossen hat. Die Firma hat Ausbuchtungen, die beiden Betriebe durch genügende Aufträge voll beschäftigen zu können. Die Arbeiterschaft stellte Bedingungen, nur dann die Arbeit anzunehmen, wenn auch in der Lohnfrage eine Vereinbarung zustande kommt. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurden hinsichtlich der zukünftigen Lohngestaltung, der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schleiferei und der Urlaubsgewährung für das Jahr 1927 die nachstehenden Vereinbarungen getroffen, die nicht nur für die neu eintretenden Arbeiter Geltung haben, sondern auch für die jetzt im Betriebe Beschäftigten anerkannt worden sind. Es wurde folgendes Abkommen getroffen:

Alleinliche neu einzustellenden Leute, sowie die am Kleinen Pressglasolen beschäftigten Arbeitnehmer erhalten die im Juli 1926 maßgebenden Löhne resp. Abordnungen, minus 6 Proz., mit Ausnahme der Schleiferei, für welche separate Löhne festgelegt sind.

Ab 1. März 1927 gelten dieselben Löhne, welche im Juli 1926 bezahlt wurden mit Ausnahme der Schleiferei. Für diese gelten die heutigen Löhne, plus 6,4 Proz.

Die Urlaubszeit für die im ganzen Jahr durch beschäftigten Arbeitnehmer ist dieselbe, wie im verflochtenen Jahr. Für die nicht durchgehend beschäftigten Arbeitnehmer wird der Urlaub entsprechend der Beschäftigungsdauer des betreffenden Arbeitnehmers gewährt.

Als Kündigungsschutz gelten dieselben Bestimmungen, wie im Manteltarif vom 26. Mai 1926 festgelegt.

Damit haben die Arbeiter erreicht, daß ab 1. März für alle dort beschäftigten Arbeiter die bisherigen Stundenlöhne um sechs Prozent erhöht wurden. Der im vorigen Jahr durchgeführte weite Lohnabbau ist damit zurückgeholt worden, und bei Beseitigung der Konjunktur, sowie strenger Organisation, insbesondere bei den Hilfskräften, wird es möglich sein, noch weitere Verbesserungen durchzuführen.

P. Hertwig.

Differenzen in Peuzig.

Die Kristallglaschleifereien der Phoenixwerke in Peuzig hatten unseren Kollegen eine bedeutende Lohnerhöhung angekündigt. Die Ortsverwaltung von Peuzig hat den Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser tagte am 23. Januar 1927 und folgendem Vergleichsvorschlag gemacht:

„Die Arbeit wird sobald wie möglich wieder aufgenommen. Sobald dies geschieht, erhalten die Schleifer 15 Proz. weniger an Lohn, behalten sich aber vor, wenn die Betriebe wieder annähernd voll beschäftigt sind, Forderungen zu stellen. Das Abschleifen und Anzeichnen hat die Firma auf ihre Kosten vornehmen zu lassen. Bei Eröffnung des Betriebes sind nach Möglichkeit alle Arbeiter zu beschäftigen. Wegen Nichtwiedereinstellung wenig tüchtiger Leute werden die Betriebsräte und Gewerkschaften nichts sperren.“

Unsere Kollegen haben diesen Vergleichsvorschlag abgelehnt, weil sie befürchten, daß der Betriebsrat nicht wieder eingestellt wird. Gleichfalls ist der Vergleichsvorschlag deshalb abgelehnt, weil der Lohnabbau 15 Proz. beträgt, während die Einstellung des Anzeichners und der Abschleiferin reichlich ausreichen würde, wenn ein 10prozentiger Lohnabbau einmüßigen würde, den unsere Kollegen hinnehmen wollen. Wir bitten, Arbeitsangebote an die Kristallglaschleiferei der Phoenixwerke in Peuzig nicht zu richten.

Die Glaschleifereien in Peuzig, vor allen Dingen die Ablech-Glaschleifereien, bestehen auf die Abnahme des Glases im Betrieb. Kein Tag vergeht, an dem nicht neue Verschlechterungen an den Schälten gemeldet werden. Die Industriellen suchen die Kollegen fast zur Verzweiflung zu treiben. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Arbeitsangebote unterlassen!

Gründe Differenzen bestehen in der Kristallglaschleiferei in Peuzig. Die Firma hat erhebliche Lohnabzüge angekündigt und diese damit begründet, daß die Löhne in Schleifen noch niedriger sind. Wir bitten dringend, Arbeitsangebote nach Peuzig abzuweisen.

Berichte einfinden!

Die Zahlstellenleitungen werden nochmals dringend gebeten, die Aufforderung über Einfinden der Berichte von Lohnbewegungen und Tarifabschriften in Nr. 2 des Mitteilungsblattes zu beachten. Die Berichte werden zur Fertigstellung einer Statistik gebraucht.

Löhne gefunden.

Der seit September d. J. von Stüberbach (Thür.) Flüchtige und aus dem Verband ausgeschlossene Rich. Lewin bekam wegen seiner Unterschlagung von Krankentagegeldern (rund 7000 Mk.) neun Monate Gefängnis als Strafe auditiert.

Die deutschen Porzellanindustriellen sind schuld

Die Porzellanindustriellen in Deutschland müssen gegenüber von ihren englischen und amerikanischen Kollegen etwas höhere Währungen bieten. Es wird ihnen mit aller Deutlichkeit, vor allem von den Engländern vorgeworfen, daß sie ihre Waren auf dem englischen Markt zu billig anbieten und verkaufen. Sie können das nur, weil sie im Verhältnis zu England ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zu niedrige Löhne zahlen, und sie außerdem über acht Stunden täglich arbeiten lassen. Die schlechte Bezahlung der Arbeiter und die lange Arbeitszeit ermöglichte die billigere Warenfabrikation und die Konkurrenz gegen die englischen Fabrikanten. Weil das so sei, müßten sich diese gegen die harte Konkurrenz der deutschen und auch tschechischen Porzellanfabrikanten zur Wehr setzen und einen entsprechenden Schutz für Porzellanwaren von der Regierung verlangen. England, das bisher keinen Schutz für Porzellanwaren kannte, kann die Klagen seiner Porzellanfabrikanten nicht unberücksichtigt lassen, und neigt deshalb zum Schutz. Dagegen versuchen nun die deutschen Porzellanindustriellen anzuklagen. Sie tun es natürlich mit Gründen, und dabei kann man die Wahrnehmung machen, daß sie Tatsachen nicht zurechtlegen und ihre durchweg kürzere Arbeitszeit ablehnen. Die Reinwaschungsversuche der deutschen Porzellanindustriellen sind die Wirklichkeit nur noch mehr auf.

Was ergibt sich nun wirtschaftlich, abgesehen von den sonstigen Auswirkungen, über die wir bei späteren Darlegungen noch schreiben werden, aus den Maßnahmen der deutschen und englischen Fabrikanten?

Die englischen Porzellanfabrikanten halten ihren Arbeitern niedrigeren deutschen Löhne und die längere deutsche Arbeitszeit vor und verlangen von ihnen aus „nationalen“ Gründen Lohnabbau und Arbeitszeiterhöhung mit dem Hinweis auf Deutschland. Und bei der Regierung werden die englischen Porzellanindustriellen den Schutz verlangen. Ist dieser dann erreicht, verlangen die deutschen Unternehmer von ihrer Arbeiterkraft noch längere Arbeitszeit und weitere Herabsetzung des Lohnes. Der Betroffene dabei bleibt immer die Arbeiterkraft.

Aber der Porzellanindustrie selbst ist damit nicht gedient; nur ihr Wohl und Wehe hängt nicht nur von den Industriellen, sondern auch von der Arbeiterkraft ab.

Wenn nun die englischen Porzellanfabrikanten mit ihren Schutzwünschen durchkommen, so tragen daran und dem daraus sich ergebenden Exportverlust die deutschen Porzellanfabrikanten nach zu niedrigeren Löhnen und längerer Arbeitszeit die Schuld. Es rächt sich also der überlebte kapitalistische Standpunkt, daß die Niederhaltung der Arbeiterkraft mittels Schandlöhnen und langer Arbeitszeit Teil des Kapitalismus sei.

Die deutschen Porzellanindustriellen haben alle Ursache, einmal ernstlich das Problem zu prüfen, wie die Inlandsaufträge gebildet werden kann. Wenn ihnen durch ihre eigene Schuld noch der englische Abfall zum Teil verloren ginge, so stünde für die Porzellanindustrie ein Schaden, der kaum über gutzumachen wäre. An all diesen Dingen ist aber Grundlag: Zahlung niedriger Löhne und überlange Arbeitszeit schuld.

Die deutschen Porzellanindustriellen haben damit sehr leicht für die Industrie und noch schlechter für ihre Arbeiterkraft gesorgt.

Auch bei dieser Angelegenheit stellt sich heraus, daß die freigeschaffene Arbeiterkraft mit ihrem Bestreben nach auskömmlichen Löhnen der Wirtschaft größere Dienste erweist, als die Industrie mit dem Gegenteil.

Steingutzpreise und Kaufkraft.

Die technische Beschleunigung und Vervollkommenung der Produktion, kurz Rationalisierung genannt, soll mitbewirken, die Preise zu verbilligen, aber nicht nur die Verkaufspreise der Hersteller, bzw. die Einkaufspreise der Händler, sondern die Preise, die der Verbraucher zu bezahlen hat. Von einer solchen Auswirkung der Rationalisierung ist bedauerlicherweise noch nichts wahrzunehmen. Das merkt man am besten, wenn man Gebrauchsgüter kauft. Um ein Beispiel zu zeigen, wie es aussieht, wird die persönliche Erfahrung eines Kollegen sprechen lassen. Er schreibt: Im Jahre 1924 kaufte ich ein bekanntes, mit blauen Blumen gemustertes Steingut-Teeservice, neunteilig, in der Fabrik A. Das kostete 4,50 Mk.; im Jahre 1925 ließ ich das gleiche Service im genannten Werk kaufen und mitbringen, wofür ich 6 Mk. zu zahlen hatte. Im Frühjahr 1926 wurden drei Stück der gleichen Service bestellt, die durch eine Stadtvertretung verpackt geliefert wurden; davon kostete ein Service 9,40 Mk. Im Dezember 1926 ist das gleiche Service im Schaufenster eines bekannten Kaufhauses in Hannover mit 10,45 Mk. ausgestellt gewesen. Wenn man vom ersten Preis abzieht, weil der im Jahre 1924 festgesetzt wurde, und man behält im Auge die 6 Mk. beim Kauf in der Fabrik und den Aufstellungspreis in dem Geschäft in Hannover, so kommt man unwillkürlich zu der Frage: Wo liegt die ganz erhebliche Verteuerung? Die Fabrik verkaufte doch sicher beim zweitenmal das Service bei 6 Mk. nicht zum Verkaufspreis und nahm erheblichen Preisaufschlag vor. Wie rechtfertigt sich wohl ein Preis von 10,45 Mark?

Wenn eine derartige Verteuerung bei allen Preisen vorhanden ist, dann kann man verstehen, daß in Deutschland die wirtschaftliche Innenkrise einen derartigen Umfang annahm.

Die Steingutgegenstände nicht nur dieser Fabrik scheinen nach mehreren Zwischenstationen sehr teuer zu werden, sondern auch die anderer Werke. Darum ist auch nicht recht verständlich, daß ein kleiner Küchenschrank, bestehend aus sechs größeren und sechs kleineren Steingutbehältern (Töpfen) und der Holzumrahmung 25 Mk., in anderen Geschäften sogar 28 und 30 Mark beim Verkauf an den Kunden kostet. Gemessen an dem Teeservice, dürfen die zwölf Steingutbecken des Küchenschanks höchstens 5 Mk. beim Verkauf durch die Fabrik an Private kosten. Rechnet man die Holzumrahmung hoch und setzt dafür 5 Mk. Verkaufspreis an Private ein, so ist der Gesamtpreis mit 10 Mk. gut eingelegt. Wie ist es aber möglich, daß ein solches Küchenschrankchen 25 bis 30 Mk. für den Konsumenten kosten kann?

Aus den zwei Hinweisen geht hervor, daß die Steingutfabrikanten alle Ursache hätten, derartigen Preisgestaltungen höchstes Augenmerk zu widmen; denn sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ihre Erzeugnisse in Massen von der deutschen Bevölkerung gekauft werden können.

Gearbeitet und kein Geld!

Bei der Firma Gebr. Weger in Reichenbach bei Hermsdorf (Thür.) herrschen die unlaublichen Zustände. Wenn wir heute etwas darüber mitteilen, so wird mancher Kollege denken, es sei übertrieben. Leider träufelt sich die Feder, die Zustände zu veranschaulichen. Seit etwa 1923 arbeitet dieser Betrieb, der einige 20 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt, sehr verkürzt. Es wird in der dritten Woche zwei Tage, in der anderen gar nicht, in der dritten drei Tage, und so fort gearbeitet. Eine geregelte Arbeitsweise gibt es überhaupt nicht. Ist ein Auftrag eingegangen, dann wird die Belegschaft mit Pfeifen, Pausen und Trompeten zumankommt, und die Arbeit geht los. Ist die Ware fertiggestellt, dann abe, dann kommt ihr Proleten weiter hungern. Lohn? Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Wir, die Firma, haben kein Geld, auch Lohn zu geben. So lautet der Bescheid, wenn die Kollegen zur Verteilung ihres Lebensunterhaltes etwas haben wollen. Die Belegschaft muß sich das Geld zum Brot und Salz — weiter langt es nicht — pfennigweise abtrotzen. Mehr als Jahresfrist ist vergangen, die Kollegen erhalten einen Bogen Lohn, der noch rückständig ist, doch die Firma meint treuherzig — manche haben dafür andere Ausdrücke — „Ihr kommt doch aus mit den 5 oder 6 Mk.“ Einem Kollegen hat man nach langem Warten um Geld, mit Kraftausdrücken 2 Mk. vor die Füße geworfen. Solche Fälle könnten wir mehr aufzählen, wenn es gewünscht wird. Ist ein solcher Verriß überhaupt noch erlittenberechtigt? Die Zahlstellenverwaltung hat sich einen solchen Mißstand nicht mehr länger mit ansehen können und hat die Firma auf Zahlung der Restlöhne verklagt. Die Gebr. Weger stellen daraufhin der Belegschaft Wechsel aus. Ob die Wechsel eingelöst werden? Wir wagen es zu bezweifeln. Die Kollegen und Kolleginnen haben gearbeitet und nur einen Bruchteil ihres Lohnes erhalten. Ist es nicht viel besser, wenn die Belegschaft streikeln geht? Dann hat sie mehr an Unterstützung, als an Lohn; denn es kommen keine 100 Arbeitstage bei dieser noblen Firma im Jahre heraus. Und die Hälfte des Lohnes müssen sich unsere Mitglieder erst teuer erkämpfen.

Die Porzellaner Süd-Thüringens wieder in Front.

Im Verlaufe des Jahres 1926 stand die Porzellanarbeiterbewegung im Reich des Niederganges. Schlechter Geschäftsgang, politische Heißereien innerhalb der Arbeiterschaft und andere Dinge rein lokaler Art wirkten sich gegen die Organisation aus. Die Arbeitsetzer triumphierten und nügten die Situation. Lohnverweigerungen, Arbeitsverweigerungen und erzwungene Überstunden waren die sichtbaren Merkmale dafür. Diese Merkmale wurden für die Arbeiterschaft zur Abnung und führten zur Ermüdung. Ein großer Teil der von der Organisation Abtrünnigen ist wieder in unsere Reihen zurückgekehrt. Einen Beweis für diesen erfreulichen Umschwung erbrachten die in der zweiten und dritten Januarwoche in Köpplitz, Blechhammer, Kauenstein, Rudenbach, Neuhaus, Sonneberg und Mengersgereuth abgehaltenen Versammlungen, in denen Kollege Karl von der Bundesleitung referierte. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und zeigten — wie auch die Versammlung im Coburger Bezirk (siehe Bericht in Nr. 6 des „Keramischen Bundes“) — ein gutes Stimmung. — Wir rechnen damit, daß die Süd-Thüringer Porzellaner sich jetzt wieder so gut wie reiflos zu ihrer Organisation zurückfinden.

Porzellanfabrik erworben.

Die Porzellan- und Apparatefabrik Elektro Union in Hochstadt, von der wir in Nr. 5 schrieben, daß sie vor dem Verkauf steht, ist von der Porzellanfabrik J. Griesbach in Cortendorf bei Koburg zum Preise von 80000 Mk. erworben worden.

Leurer kam sie nicht. Aber es ist doch auffällig, daß eine Porzellanfabrik mit vier Oefen ein ebenso großes Werk kaufen kann. Den kleinen und großen Porzellanfabriken kann es unmöglich schlecht gehen, sonst wäre ein solcher Kauf nicht möglich. Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma J. Griesbach in Cortendorf und der übrigen Porzellanarbeiterkraft sollte dieser Vorgang zu denken geben; denn aus ihrer Arbeitskraft wurden die Mittel zum Erwerb solcher Objekte herausgeholt. Wenn schon eine kleine Firma das kann, was muß da wohl eine große Porzellanfabrik verdienen?

Statistische Zahlenangaben.

Aus den Berichten des Statistischen Reichsamts nach der Zahlung vom Juni 1925 läßt sich für die bayerische feinkeramische Industrie erkennen, daß 3555 Erwerbstätige gezählt wurden. Inwieweit auch die Töpfererwerbstätigen gezählt wurden, ist nicht zu erkennen. Für die eigentlichen Gruppen der Feinkeramik, Porzellan und Steingut erscheinen

die Ziffern mit Einschluß Koburg etwas hoch. — Nach den Angaben des Thüringer Statistischen Landesamtes über die Industrialisierung Thüringens sind dort in der Porzellanindustrie 19000 Personen beschäftigt. — Nach dem Geschäftsbericht der Töpfer-Verungsgenossenschaft vom Jahre 1925 waren 309 Porzellan- und Majolika-betriebe mit 60338 Bollarbeitern gemeldet und außerdem 68 Steingutfabriken mit 14791 Beschäftigten.

Der Ueberstundenfandal in der Porzellanfabrik Hermsdorf.

In unserem Bericht über die geleisteten Ueberstunden in obiger Porzellanfabrik hatten wir die Firma bezüglich der Stundenlöhne zuviel Ehre angetan.

Die Brenner erhalten nicht 75 Pf. Lohn pro Stunde, sondern nur 52 Pf. Wir bitten unsere Kollegen, davon Kenntnis zu nehmen.

Konferenz der Lippeschen Ziegler in Lemgo.

Ein gewaltiger Umschwung hat sich innerhalb der Lippeschen Zieglerfabrik vollzogen. Der größte Teil erkennt mehr und mehr, daß ihre Interessen nur durch eine starke, leistungsfähige Organisation vertreten werden.

Das sie erkannt haben, welchen Weg sie in Zukunft zu gehen haben, zeigte die am 22. Januar d. J. in der alten Hansestadt aus Lippes ältester Vergangenheit, Lemgo, tagende Zieglerkonferenz.

Welche Bedeutung diese Tagung für Lippe hatte, zeigte am besten, daß das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums von Lippe, Herr Drake, sowie außer unseren beiden Landtagsabgeordneten Linne und Kottbitt der Abgeordnete Schmidt als Vertreter der Lippeschen Arbeiterpartei, sowie ein Vertreter der Arbeiterpresse an der Tagung teilnahmen. Auch die Zieglerfabrik zeigte großes Interesse. Aus 130 lippeschen Ortsgruppen des Keramischen Bundes waren mehr als 300 Vertreter anwesend.

Als Referenten waren erschienen: Fachgruppenleiter Kollege Elmer von der Leitung des Keramischen Bundes, die Hauptreferenten, Kollege Geering-Düffeldorf und Kollege Haberhausen-Hannover. Als Verhandlungsleiter wurden gewählt: die Kollegen Wilhelm Hubach-Dermold, August Behmeier-Lake und Ernst Göttsche-Hohenhausen.

Die „Lippesche Volkszeitung“ hatte angesichts der Bedeutung der Tagung Herrn Privatdozent Dr. Brüder vom Technikum Lage als Berichterstatter entsandt. Ebenso nahm als Gast der Kollege Biesemeier teil.

Als erster Redner referierte der Fachgruppenleiter Kollege May Elmer-Berlin über:

„Die Baukonjunktur und die Wirtschaftslage in der Ziegel-Industrie.“

In seinem Referat gab er einen Ueberblick über die Wirtschaftslage im allgemeinen und im besonderen für die Ziegel-Industrie.

Die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Banken ist eine günstige. Dagegen betrachtet die Industrie die Krise als einen notwendigen Reinigungsprozeß, dem die Weltumdrehung folgen wird.

Demgegenüber steht, daß wir noch zirka 2 Millionen Arbeitslose haben. Diese Zahlen haben einen bedrohlichen Charakter für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Familien. Woher kommt die Arbeitslosigkeit? Ist die Produktion so stark gesunken? Nach dem Kriege war dies eine Zeitlang der Fall, auch der Export war gering.

Der heutige Grund ist die Rationalisierung. Am die durch die Umstellung frei werdenden Kräfte unterzubringen, müßte die Produktion gesteigert werden. Das ist aber nicht möglich, weil der Absatz nicht gesteigert werden kann, und weil die Kaufkraft begrenzt ist.

Dazu eine größere Zahl von Lohn- und Gehaltsempfängern wie früher.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben die Regierung zur Aufstellung großzügiger Arbeitsbeschaffungsprogramme gedrängt. Preußen hat 200 Millionen Mark bewilligt. Neues Ertragen der Spitzenverbände forderte neue, große Bauvorhaben. Das jetzige Regierungsprogramm sei großzügig und sieht die Errichtung von ca. 250000 Wohnräumen vor. Dazu kommen noch die privaten und die Industriebauten.

Berichte werden gemacht, die Bauwirtschaft aus der öffentlichen Hand zu befreien. Der Staat soll wohl Geld geben, aber auf die Kontrolle verzichten.

Die günstigen Bauaussichten werfen ihre Schatten voraus. Folgendes Bild ergibt sich:

1. Die Kampagne 1926 hat spät eingelebt. Die Hälfte aller Betriebe hatte ihren Betrieb nicht aufgenommen.
2. In der zweiten Hälfte 1926 trat eine Belebung ein, die bei günstiger Witterung ihre Fortsetzung findet.
3. Fast alle Lagerbestände sind geräumt. Ein Teil der neuen Produktion ist schon veräußert.
4. Die Ziegelbetriebe beinahe schon mit den Vorarbeiten für die neue Kampagne.

Es ist also Aussicht vorhanden, daß alle Ziegler Arbeit und Verdienst finden und die Schwarte wettgemacht werden kann, die wir in den letzten Jahren infolge der Wirtschaftskrise erlitten haben. Aber es behält die Gefahr, daß trotz Belebung mit weniger Arbeitskräften mehr produziert wird. Es müßte deshalb eine Verkürzung der Arbeitszeit mit der technischen Entwicklung gleichen Schritt halten. Unsere Forderung ist deshalb: Abbau der Ueberstunden, die in der Ziegelindustrie noch gang und gäbe sind. Dadurch können Tausende von Ziegler nicht beschäftigt werden. Ebenso sei die umfangreiche, schwerstarke Akkordarbeit mit Schuld an der Arbeitslosigkeit. Nach beifolgender Liste die Lohnhöhe ungenügend.

Die Arbeitgeber wollen Abbau der Löhne, während die heutigen Steingutpreise eine erhebliche Lohnherabsetzung sehr gut vertragen könnten.

Durch ihre Verkaufsvereinbarungen erstreben die Arbeitgeber:

1. Beherrschung und Verteilung der Produktion.
 2. Festsetzung der Preise.
 3. Auslöschung der Konkurrenz.
- Der kleinste Betrieb soll noch rentabel gestaltet werden. Wir sagen: Es gibt auch noch die Zieglerkäufer, und es muß verhindert werden, daß diese unter den Schlitzen kommt.
- Wir verlangen: Anständige Arbeitszeit und anständige Lohn.
- Dabei haben wir auf den stärksten Widerstand der Unternehmer, die sich auf die Teilnahmlosigkeit der Ziegler stützen. Genau wie die Arbeitgeber keine Augenlider haben, darf es auch in den Reihen der Ziegler keine Unorganisiertheit mehr geben. Wir müssen bei günstiger Konjunktur durchgehen, was wir erreichen können. Deshalb muß unsere Parole sein: Mit Arbeit Agitation! Aufrüstung!
- Zum Schluß: Wenn wir nicht auf dem Posten sind, geht die gute Konjunktur an uns spurlos vorüber. Im Anmarsch liegt unser Kraft. Auch in ungenügenden Zeiten müssen wir Arbeit und Produktion regeln können. Bringen es die Ziegler soweit, dann braucht uns vor der Zukunft nicht Bangen zu sein.

Ueber Tariffragen

referierte Kollege Geering-Düffeldorf. Er schilderte den Stand des Tarifwesens im Bezirk Rheinland-Westfalen. Im vorigen Jahre seien nur 30 bis 40 Proz. der Betriebe im Gange gewesen. Dadurch und durch schlechtes Organisationsverhältnis sei die Tariffrage ungünstig beeinflusst worden. Jetzt ist ein

In der Woche vom 6. bis 12. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Nur in einem Artikel, betitelt: „Der deutsche Ziegler als Arbeitgeber“, Verfasser Kommerzienrat Delgros, München, wird auch der Arbeiterfrage gedacht, aber in einer Art und Weise, die man nicht ganz objektiv bezeichnen kann.

Wir wollen einmal an Hand seiner Ausführungen nachprüfen, ob sie einer objektiven Kritik standhalten können.

Eingangs schreibt Delgros, daß jedes gewaltsame und spontane Ereignis bereits in seiner Aufwärtsbewegung den Keim der Peripetie (des Umchwungs) in sich trage.

Das Arbeitsrecht sei ein aus der Atmosphäre des Machtverhältnisses geborenes Gebilde, welches die Umkehrung des Verhältnisses von vor der Revolution gebracht hätte.

Der Umchwung hätte den Arbeitgeber der Ziegelindustrie widerstandslos der Arbeiterkraft ausgeliefert.

In der Vorkriegszeit sei der deutsche Ziegler als Arbeitgeber hinsichtlich der Möglichkeit, den Arbeiter seinem Willen unterzuordnen, überlegen gewesen.

Das sei zwar nicht ganz richtig, weil diese die Auswirkung revolutionärer Ereignisse auf die Entfesselungsmöglichkeit gespannter Kräfte, wie sie im Arbeitsverhältnis der Vorkriegszeit bestanden, völlig verkannt haben.

Zum Glück habe auch in der Ziegelindustrie ein gesundes Unterbewußtsein zur Zeit der Vorherrschaft der Gewalt bestanden, welches zur Zeit der Vorherrschaft der Gewalt während des Umchwungs an die Stelle der streng abwägenden Besinnung getreten sei.

Nur so hätte, trotz der Widerstandslosigkeit auch des deutschen Zieglers gegen das Geschehen der Revolution ein physischer Widerstand in den Reihen der Arbeiterkraft selbst herbeigeführt werden können.

Nur dadurch, daß der deutsche Ziegler als Arbeitgeber zunächst den Forderungen der Arbeiterkraft widerstandslos nachgab, hierdurch den Feindbegriff nach Verdrängung stillend und Auswüchse zeitigend, konnte allein die Hemmungswirkung des aus der Revolution geborenen Machtbewußtseins der Arbeiterkraft, unermesslich für diese hinsichtlich des Arbeiters, von selbst zum Stillstand gebracht und so die Industrie vor ihrer vollständigen Zerrückung gerettet werden.

Wenn man diese Worte liest, sollte man meinen, daß die Ziegelindustrie nach dem Zusammenbruch Deutschlands, infolge des Machtübergangs der Arbeiterkraft, am Rande des Ruins gestanden hätte.

Daß dem nicht so gewesen ist, wird jeder objektive Beobachter der damaligen Verhältnisse und Ereignisse bestätigen können.

Wie lagert denn die Dinge bei Beendigung des Krieges? Von circa 12.000 Ziegeleien, die vor dem Kriege produziert waren, waren nach dem Kriege noch circa 1200 im Gange.

Gerade der tätigen Mithilfe der Gewerkschaften und ihrem Einfluß auf die Beschlüsse ist es doch zu danken, daß auch die Ziegelindustrie in der außerordentlich kurzen Zeit wieder in Gang kam.

Für die wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Krieg hervorgerufen waren, kann man doch unmöglich die Arbeiterschaft verantwortlich machen.

Man vermehrt Forderungen aufgestellt und Handlungen vorgenommen, kann man nicht verallgemeinern. Die Schuld trifft die Arbeiterschaft, die in der Lage war, sich zu wehren.

Man hat auch Herr Delgros selbst bestätigt, daß der Fehler in der Beurteilung der Verhältnisse liegt nicht im Standesdünkel, daß die Mehrzahl der Arbeitgeber in der Ziegelindustrie es nicht verschmerzen kann, daß sie nicht mehr wie vor dem Kriege mit der Arbeiterschaft umspringen können, sondern wenigstens in etwas geschüchtern sind.

Wie das Arbeitsrecht und Tarifwesen in Wirklichkeit auswirkt, und ob die Behauptungen Delgros, daß sich das Kräfteverhältnis zumgunsten der Arbeitgeber verschoben habe, zutreffen, soll in einem weiteren Artikel untersucht werden.

Schlechtspruch gefällt, der den bisherigen Rohntarif bis zum 30. April d. J. verlängert. Der Manteltarif, welcher die Besätze in Rheinland sowie Rheinland-Westfalen umfaßt, sei von beiden Kontrahenten gekündigt.

Die Arbeitgeber erstreben wesentliche Verschlechterungen hauptsächlich in der Urlaubsfrage. Die Zieglerchaft habe es in der Hand, die Lösung der Tariffrage günstig zu beeinflussen, indem sie einig und geschlossen hinter ihrer Organisation, dem Keramischen Bund, stehen.

Ueber die Tarifverhältnisse in den Bezirken Hannover und Minden-Niedersachsen-Lippe berichtete Kollege Paderhauser-Hannover.

Er unterstrich zunächst, daß die Ausführungen der Vorkämpfer auch auf das von ihm vertretene Tarifgebiet zuträfen. In Hannover sei im Vorjahre von Arbeitgeberseite das Wort geprägt:

„Die Ziegler müssen wieder solange arbeiten, solange die Sonne scheint.“

Im Vorjahre sei es gelungen, die 1925 erhaltenen Tarifverschlechterungen teilweise wieder zu beseitigen. Hauptstreitpunkte seien Lohnhöhe und Dreifachlohnentteilung gewesen.

Wenn die Ziegler einig seien, könnten alle Streitpunkte zu ihren Gunsten ausgeglichen werden.

Die Referate wurden alle mit Beifall aufgenommen. Die darauf folgende Aussprache brachte noch wertvolle Anregungen und Ergänzungen der Referate.

Die Hauptpunkte der Debatte waren: Akkord, Ueberstunden, Brennerfrage, Betriebsräte, Achtstundentag, Jugendfrage, Zusammenschluß, Einigkeit.

In kurzen Sätzen folgten die Referenten noch alles kurz zusammen und schloffen mit einem warmen Appell an die Ziegler und die Zieglerjugend.

Redakteur Köpcke-Detmold überbrachte die Grüße der Volksblatt-Verwaltung und sprach einige packende Worte für das einzige lippsche Arbeiterblatt.

Es gelangten danach noch zwei, die Forderungen der Ziegler betr. Entschleunigung zur Annahme.

„Ueber Landesfragen und die Lage der Wanderarbeiter in Lippe“ sprach Kollege Landtagsabgeordneter August Linde-Detmold. Er schilderte die besondere Lage der lippschen Wanderziegler.

Lippe sei immer noch Uebersehungsgebiet an menschlicher Arbeitskraft.

Das Schauen, in der Heimat, im Kreis der Familie Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu finden, ist noch nicht erfüllt. Nur langsam schreite die Industrialisierung des Lipper Landes vor.

Das geht es auch voran. Im Jahre 1913 seien noch rund 15.000 Wanderarbeiter zu verzeichnen gewesen; im Jahre 1923, der letzten Zählung, nur noch 7600 Ziegler.

Das ist trotzdem noch eine große Zahl. Er schilderte weiter die Bemühungen, den Ziegler zu helfen durch Schaffung von Kostarbeitern.

Auch die Geschäftsmachung der Wanderziegler hat durch die Beschlüsse des Landtags (Abgabe von 1,6 Mill. M. zur Förderung des Wohnungsbaus und verbilligte Abgabe von Bauland) eine Förderung erfahren.

Das ist nur möglich gewesen, weil die Ziegler es verstanden haben, ihre Forderungen in der Öffentlichkeit zu vertreten und in den maßgebenden Parteien Einfluß zu gewinnen.

Wollen die Ziegler maßgebenden Einfluß gewinnen, so müssen sie ihr gewerkschaftliches Organ, den Keramischen Bund, stärken; und in der Partei sowie im Volksblatt finden die Ziegler Machtfaktoren, die sie benötigen, um ihren Forderungen und Wünschen Nachdruck zu verleihen.

Die Entwicklung des Keramischen Bundes behandelte Kollege Landtagsabgeordneter Rothsch-Voge. Er schilderte zunächst, wie die Ziegler Ziegler dazu gekommen sind, Anschluß beim Verband der Fabrikarbeiter zu suchen, und gab weiter die Entwicklung des Keramischen Bundes bekannt.

Von den in Lippe vorhandenen 7600 Ziegler haben wir die größere Hälfte organisatorisch erfasst. Dadurch sei die freigelegte gewerkschaftliche Organisation anschlagesgebend in Lippe geworden.

Durch das gut ausgebaute Vertrauensmännerwesen werde die Verbindung mit den Kollegen gut erhalten. Neben dem Keramischen Bund ist für die Ziegler seit letztem Frühjahr noch „Der Lippsche Ziegler“ als Beilage zum Lippschen Volksblatt herausgegeben.

Das hat bei den Kollegen guten Anklang gefunden. Es wäre Pflicht der Ziegler, für diese Zeitung zu werben. Konkrete Schritte können werden, daß der Keramische Bund in Lippe gute Fortschritte gemacht hätte.

Deshalb müsse dahin gestrebt werden, daß alle Ziegler in der Einheitsorganisation zusammengeschlossen werden zum Wohle der gesamten Zieglerkraft.

Auch letztere Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem noch Kollege Wiewieker die Ziegler an ihre Pflicht, in der Werbung von Mitglidern nicht zu erlahmen, ermahnt hatte, schloß der Vorsitzende, Kollege Wilhelm Rabach-Detmold, die dringlich verlaufene Konferenz mit einigen kernigen und anerkennenden Schlussworten.

Arbeitsgeber — Arbeitsrecht — Lohnpolitik.

Wenn im menschlichen Leben ein Zeitabschnitt (25 oder 30 Jahre) ist, so ist es in der Ehe, so ist es im Berufsleben oder sonstige, verflochten ist, so wird diese Tatsache beachtet, um den letzten Tag mehr oder minder festlich zu begehen.

Es wird festhalten auf die Vergangenheit und Ausschau in die Zukunft gehalten. Was ist erreicht in der verflochtenen, was kann in der kommenden Zeit erreicht werden.

Industrie oder sonstige Unternehmungen geben vielfach zu solchen Zeitpunkten Jubiläumsschriften heraus.

Auch die „Zerindustrie-Zeitung“, Fach- und Handelsblatt für die Ziegler, Tonwaren, Feuerziegel, Zement, Kalk, Glas, Eisen, Sand, Beton und Kunstzementindustrie hat zum Jahresabschluss 1923 aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens eine Jubiläumsschrift im Umfang von 128 Seiten herausgegeben.

Der Herausgeber dieser Zeitschrift ist das „Chemische Laboratorium für Zementindustrie“, Prof. Dr. G. Seger und G. ...

Die Jubiläumsschrift ist das „Chemische Laboratorium für Zementindustrie“, Prof. Dr. G. Seger und G. ...

Die Jubiläumsschrift ist das „Chemische Laboratorium für Zementindustrie“, Prof. Dr. G. Seger und G. ...

Aus dem Verbandsleben.

Jahresgeneralversammlung der Zählstelle Dresden.

Im Bericht über die Generalversammlung der Zählstelle Dresden ist ein Beschl. enthalten, wonach Mitglieder der Zählstelle nicht Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes sein können.

Generalversammlung Groß-Näshen.

In der Generalversammlung am 20. Januar gab der Kassierer, Kollege Lehmann, den Kassierbericht. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Der Jahresbericht erstattete Kollege Franer. Er ging zunächst auf die schwere Wirtschaftskrise des Jahres 1926 ein, die die Stilllegung vieler Betriebe und Arbeitslosigkeit im großen Umfang zur Folge hatte.

Die Berichtsmeldung der drei Organisationen der Glas-, Porzellan- und Fabrikarbeiter, welche im August 1926 vollzogen wurde, bezeichnet der Redner als großen gewerkschaftlichen Erfolg.

An Mitgliederversammlungen wurden neun ordentliche, eine außerordentliche Versammlung und 5 Ortsverwaltungsausschüsse abgehalten.

Die Wahl ergab folgendes Resultat: Vertrauensmann: Wilhelm Franer; Kassierer: Otto Lehmann; Schriftführer: Hermann Götz; Prüfer: Vater, Schäfer, Widlich, Strauß und Busch.

Ferner wurde über mehrere Unterstützungsanträge diskutiert. Einem Antrag wurde von der Post ausgetreten. Die anderen Anträge verfielen der Ablehnung.

Allgemeines.

Die Reichsbeiträge für die Lebenshaltungskosten steigt weiter. Die Reichsbeiträge des Monats Januar stiegen auf 144,5 gegenüber 144,3 im Dezember.

unausgeglichener Preisaufstieg hier festzustellen. Wo bleibt demgegenüber die Lohnhöbungen? Das ist die Frage, die ohne weiteres aufbringt.

Wer war in englischer Gefangenschaft? Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste Rate von 200.000 Pfund überweisen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Bisher haben sich erst rund 20.000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Gewerkschaftskollegen, die in Gefangenschaft waren, sollten im eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

Wie günstige Zahlen über den Arbeitsmarkt zustanden kommen. In der Veröffentlichung über den Arbeitsmarkt der ersten Januarhälfte war zu lesen, daß in der Rheinprovinz die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger gesunken sei.

Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Provinz vom 15. 12. 1926 bis zum 15. 1. 1927 beträgt rund 78.700, berechnete Arbeitslosigkeit noch zum größten Teil aus der zweiten Dezemberhälfte stammt.

Ueberall streift Geld nach Anlage. Die seit Monaten beobachtete große Flüssigkeit des Geldmarktes hält weiter an. Der Reichsbankausweis vom 22. Januar zeigt einen Bestand des von den Großbanken überwiesenen anstehenden Geldes von 1100 Mill. M.

Die Geldflüssigkeit hielt auch in der dritten Januarwoche an. Tägliches Geld verzeichnete die tiefsten Sätze der Monats. Tägliches Geld war die ganze Woche hindurch reichlich zu haben.

Die Geldflüssigkeit hielt auch in der dritten Januarwoche an. Tägliches Geld verzeichnete die tiefsten Sätze der Monats. Tägliches Geld war die ganze Woche hindurch reichlich zu haben.

Die Geldflüssigkeit hielt auch in der dritten Januarwoche an. Tägliches Geld verzeichnete die tiefsten Sätze der Monats. Tägliches Geld war die ganze Woche hindurch reichlich zu haben.

Die Geldflüssigkeit hielt auch in der dritten Januarwoche an. Tägliches Geld verzeichnete die tiefsten Sätze der Monats. Tägliches Geld war die ganze Woche hindurch reichlich zu haben.

Literarisches.

„Wohnungswirtschaft.“ Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr monatlich 50 Pf. Von der im Verlag des ADGB erscheinenden Zeitschrift liegt neuer moderner Ausstattung das 1. Doppelheft 1/2 vom Jahre 1927 vor.

Groß-Näshen. Kollegen, welche die ihnen zustehenden Gelder noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dies sofort zu tun.

Briefkasten.

Nach Hütten. F. R. Werter Kollege! Du hast bei Deiner Eifer, auffällige Reklame für eine neue Wirtschaft mit billigen Bier zu machen, ganz übersehen, daß wir Dich dabei nicht unterstützen können.

Arbeitsmarkt.

Von Qualitäts-Porzellanfabrik werden tüchtige, eingearbeitete Ziegler und Dreher gesucht, die bereits in besseren Porzellanfabriken tätig waren.

Für halb mehrere Gehilfen auf Blei-Tiefenschliff, Römer-Gravierern durch Josef Sohanuel, Altheide-Wab, Wabstraße 9, gesucht.

Einige Glaschleifergehilfen stellt sofort ein Karl Michels, Reiner, Nr. Glas, Gahlerstr. 117.

Tüchtiger, solider Fondbrüher für Räder und Farbe gesucht. Angebots bitten wir, Reugmischschriften beizufügen.

Tüchtiger Dreher auf Stein und Maschine, eingearbeitet auf sämtliche Artikel — auch Edenschliff — sucht Stellung durch Paul Lehmann, Sibirischer, Wilhelmstr. 69a.

Unterlagenmaler, firm im Schablonenschneiden, Schablonieren von Jubiläum und dergleichen Deloren, Farbverfälscher mit eigenen Rezepten, dazu passenden Glasuren, sucht feste Stellung. Martin Rühr, Freiberg (Sachsen), Brauerstr. 29a.

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brahestr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brahestr. 2-5. Druck: E. Janiszewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 23/24.